

+++ **Spreche mit Deinen Bundestagsabgeordneten über Lützerath**

Begründung unseres Widerstands zum vereinbarten Braunkohleausstieg mit RWE:

- Die Bundesregierung und die Wirtschaftsministerien in NRW und im Bund behaupten mit RWE zusammen, dass die Braunkohlemenge unter Lützerath benötigt wird, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu garantieren ⁽¹⁾
- Gutachten der Coal Exit Research Group ⁽²⁾ und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ⁽³⁾ zeigen dagegen:
 - die Braunkohlemengen unter Lützerath werden zum Garantieren der Versorgungssicherheit nicht benötigt
 - die mit RWE vereinbarten Kohlemengen sind nicht nötig, wenn die im Osterpaket der Bundesregierung angekündigten Ausbaupläne für erneuerbare Energien eingehalten werden
 - Das Verstromen der vereinbarten Kohlemenge verfehlt signifikant das 1,5 Grad Ziel
 - Die kurzfristige Gasknappheit und damit zusammenhängende, im Bedarfsfall mögliche Reaktivierung der Braunkohlekraftwerke erhöht die anzunehmende Auslastung der Braunkohlekraftwerke in diesem und den kommenden Jahren. Zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels ist eine stärkere Drosselung der Kohleverstromung ab 2025 notwendig, um die Emissionen durch die erhöhte Auslastung der Kraftwerke in den Jahren 2022 bis 2024 zu kompensieren. Dies sieht der Plan mit RWE nicht vor

Euer Anschreiben an die Mandatsträger könnte zum Beispiel so aussehen. Ergänzt oder verändert das gerne mit euren Worten:

Sehr geehrter Herr / Frau xyz

Wir sind entsetzt über die Vereinbarung der Wirtschafts- und Klimaministerien in NRW und im Bund mit RWE zum Kohleausstieg 2030. Entscheidend ist nicht das Datum, sondern die vereinbarte Kohlemenge. Wie verschiedene Gutachten zeigen ⁽²⁾⁽³⁾, sind die mit RWE vereinbarten Kohlemengen signifikant größer, als für die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik benötigt wird. Insbesondere sind wir sehr besorgt, dass RWE sogar nach 2025 weiter auf einem hohen Niveau Kohle verstromen kann, ohne erkennbare Bemühungen den Mehrverbrauch in den Jahren 22, 23 und gegebenenfalls 24 zu kompensieren. Es ist kein Bemühen erkennbar das 1,5 Grad Ziel einzuhalten.

Deutschland hat sich 2015 im Pariser Klimaabkommen verbindlich verpflichtet die weltweite Erderwärmung auf möglichst unter 1,5 Grad zu begrenzen. Weltweit zeigen Wissenschaftler auf, welche katastrophalen Auswirkungen ein Verfehlen des 1,5 Grad Ziels für die Menschen und die Umwelt zeitigen werden. Wie Sie wissen, leiden heute schon Millionen von Menschen in allen Regionen der Welt massiv unter den Folgen des Klimawandels. Wir appellieren deshalb an Sie, in Ihrer Partei zu wirken, die Vereinbarung mit RWE zu verbessern, indem die zu verstromende Braunkohlemenge dem 1,5 Grad Ziel angepasst wird.

Wir von P4F in xyz würden uns gerne mit Ihnen treffen, um unserer Besorgtheit Ausdruck zu verleihen und mit Ihnen zu besprechen, wie Sie sich einen Weg zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels vorstellen.

+++ **Spreche mit Deinen Bundestagsabgeordneten über Lützerath**

Daten

- Die RWE noch zugebilligte Kohlemenge aus Garzweiler von 280 Mio. t BK übersteigt das 1,5-Grad-kompatible CO₂-Budget um ein 6-faches. ⁽⁴⁾
 - Gegenüber dem ursprünglichen RWE-Plan mit Ausstieg 2038 ergibt sich bei Kohleausstieg 2030 (mit auf 2033 verspätetem Abschalten und durchgängiger Volllast) nur eine Einsparung von 64 Mio. T gegenüber den 280 Mio. T die RWE und die Politik als Einsparung angibt. ^{(5) (6)}
-

Was antworte ich auf folgende Gegenargumente:

- Gegenargument: Wir sehen heute schon, dass es mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht schnell genug geht. Da müssen wir für Versorgungssicherheit sorgen
 - Antwort: die vereinbarten Kohlemengen werden schnell zu einer einfachen Antwort Rückschritte im Ausbau der Erneuerbaren hinzunehmen. Deutschland muss alles in seiner Macht Stehende tun, um die Probleme mit dem Ausbau der Erneuerbaren anzugehen. Das 1,5 Grad Ziel muss der Maßstab sein. Die Frage muss lauten: Was braucht es, damit der Ausbau im Plan bleibt.
 - Gegenargument: Das vorgelegte Gutachten der Landesregierung zeigt, dass die Kohlemengen ohne die Kohle unter Lützerath nicht ausreichen sind, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten
 - Antwort: Die Coal Exit Group kommt zu einem anderen Ergebnis. Die Gesamtkohlemengen sind nicht mit dem Plan zum Ausbau der erneuerbaren Energien im Osterpaket der Bundesregierung vereinbar. Das von der BET GmbH angegebene Gutachten im Papier des Wirtschaftsministeriums in NRW zur Ermittlung des Kohlemengenbedarfs wird nicht offengelegt. Es werden nur die Ergebnisse dokumentiert. Es ist aus dem vorgelegten Gutachten nicht nachvollziehbar, warum diese signifikanten Kohlemengen nötig sein sollen.
-

Links:

⁽¹⁾<https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/ergebnisbericht-braunkohleausstieg-2030.pdf>

⁽²⁾<https://vpro0190.proserver.punkt.de/s/K43yiKR4Yz3Xxeg>

⁽³⁾https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.839634.de/diw_aktuell_84.pdf

⁽⁴⁾ <https://twitter.com/FossilExit/status/1580678860752187392>

⁽⁵⁾ <https://twitter.com/FossilExit/status/1580682128047513600>

⁽⁶⁾ <https://www.wirtschaft.nrw/eckpunktevereinbarung-kohleausstieg-2030>